unter diesen Gesichtspunkten zu beachtender sehr wesentlicher Faktor ist dabei auch die bisherige Arbeitsweise in der betreffenden Verkaufsstelle, wie sie sich in den vorhergehenden Inventuren widerspiegelt.

Dabei ergibt sich im vorliegenden Falle, daß in der genannten Verkaufsstelle in den letzten 16 Monaten insgesamt ein Fehlbetrag von 3689,60 DM entstanden war. Dies ergibt einen monatlichen Durchschnittsfehlbetrag von 231,16 DM. Da zwischen der letzten Inventur am 9. Januar 1962 und dem Tag des Schadens am 8. Februar 1962 ein Monat lag, hat die Versicherungsanstalt von dem durch die Inventur am 8. Februar 1962 «rechneten Schaden etwa ein monatliches Durchschnittsmanko abgezogen.

Diese Handhabung durch die Verklagte widerspricht nicht den Bestimmungen des Versicherungsvertrages und den allgemeinen Versicherungsbedingungen. Sie trägt im Gegenteil dazu bei, alle Funktionäre und Angestellten des sozialistischen Handels zu einer verantwortlichen Einstellung gegenüber dem sozialistischen Eigentum zu erziehen. Dies ist jedoch mit einer der Hauptaufgaben, denen unser gesamtes Recht und damit auch das Versicherungsrecht dient. Dieser Aufgabenstellung dient auch die Rechtsprechung der Gerichte. Gemäß § 287 ZPO konnte deshalb das Gericht unter Würdigung aller Umstände zu keinem anderen Ergebnis gelangen als die Verklagte.

Der danach nicht nachgewiesene Schaden kann konsequenterweise nur den treffen, in dessen Sphäre er beeinflussbar ist. Dies ist allein der Bereich der Klägerin. Das Gericht verkennt dabei durchaus nicht die Schwierigkeiten, die von den Werktätigen im sozialistischen Handel zu überwinden sind. Die ständige Verbesserung ihrer Arbeit, insbesondere der ständige Kampf gegen Manki und Verluste, ist jedoch der einzige Weg, der im Ergebnis zum Nutzen für alle führt.

§ 1 der AO Nr. 2 über die geltende Fassung der Richtlinien zum Gesetz zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs vom 19. April 1958 (GBl. II S. 115).

Zu den Voraussetzungen für die Pfändung von Guthaben auf Westzonenkonten.

BG Magdeburg, Beschl. vom 20. Februar 1963 — 5 BCR 6/63.

Den Gläubigern steht auf Grund eines rechtskräftigen Titels gegen die in Westdeutschland lebende Schuldnerin ein Anspruch auf Zahlung eines Betrages von 26 500 DM samt Zinsen und Kosten zu. Wegen dieses Betrages betreiben die Gläubiger die Zwangsvollstreckung gegen die Schuldnerin. Sie haben mit Pfändungs- und Überweisungsbeschluß des Kreisgerichts die Ansprüche der Schuldnerin gegen die Deutsche Notenbank S. auf Auszahlung des gegenwärtigen und zukünftigen Westzonenkontoguthabens gepfändet.

Gegen diesen Pfändungs- und Überweisungsbeschluß hat die Schuldnerin Erinnerung eingelegt und den Antrag gestellt, den Pfändungsbeschluß dahin abzuändern, daß nur die Hälfte der Neueingänge auf dem Konto bei der Deutschen Notenbank von der Pfändung erfaßt werden möge. Dazu hat sie vorgetragen, daß es sich bei dem Konto um ein Miet- und Pachtzinskonto handele, auf das die Einnahmen aus ihrem Grundbesitz fließen. Diese Einnahmen würden zum größten Teil für die Instandsetzung sowie für die Begleichung der Grundstückslasten benötigt.

Das Kreisgericht hat die Erinnerung der Schuldnerin gegen den Pfändungs- und Überweisungsbeschluß zurückgewiesen. Es ist der Auffassung, daß es einer Abänderung des genannten Beschlusses zur Regelung der Instandhaltung des Grundstücks und zur Begleichung der öffentlichen Lasten nicht bedürfe. Nach der Anordnung Nr. 2 vom 19. April 1958 (GBl. II S. 115) habe die Deutsche Notenbank bei jeder Pfändung die Zu-

stimmung der staatlichen Organe einzuholen, um die Deckung der Grundstückslasten nicht zu gefährden, während die darüber hinausgehenden Beträge zur Befriedigung der Gläubiger verwendet werden könnten.

Die Schuldnerin hat gegen diese Entscheidung sofortige Beschwerde eingelegt und erneut gebeten, daß nur die Hälfte ihres gegenwärtigen und zukünftigen Guthabens gepfändet werden sollte. Ihr Bevollmächtigter habe von der Deutschen Notenbank erfahren, daß diese eine gerichtliche Entscheidung darüber erwarte, bis zu welchem Betrag die Pfändung des Kontos der Schuldnerin für zulässig erachtet werde.

Die sofortige Beschwerde ist gem. § 793 ZPO zulässig und auch begründet.

Aus den G r ü n d e n :

Der Auffassung des Kreisgerichts, daß nach der oben angeführten Anordnung Nr. 2 die Deutsche Notenbank verpflichtet sei, bei jeder eingehenden Pfändung die Zustimmung der zuständigen staatlichen Organe einzuholen, um die Deckung der Grundstücksausgaben zu gewährleisten, kann nicht gefolgt werden. Es ist nicht Aufgabe der Deutschen Notenbank, als Drittschuldner eine solche Zustimmung einzuholen, sondern nach dem klaren Wortlaut der genannten Anordnung Aufgabe des Gläubigers, der eine Verfügung über ein Guthaben auf einem Westzonenkonto trifft. Daß eine Kontenpfändung eine Verfügung darstellt, bedarf keiner besonderen Erläuterung. Nach der genannten Bestimmung sind Verfügungen (einschließlich Kontenpfändung) zu anderen Zwecken als zur Bezahlung von Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Grundbesitz zu erfüllen sind, nur zuzulassen, wenn die zuständige Abteilung Wohnraumlenkung des Rates der Stadt oder der Gemeinde, in dem das Grundstück gelegen ist, ihre Zustimmung dazu erteilt. Ob und in welchem Umfang eine Pfändung der Kontoguthaben zugelassen wird, hängt ausschließlich von der Entscheidung des zuständigen staatlichen Organs ab. Da die Gläubiger bisher eine solche Zustimmung nicht beigebracht haben, war der Beschluß des Kreisgerichts auf die sofortige Beschwerde der Schuldnerin aufzuheben und die Sache zur erneuten Entscheidung über die Erinnerung der Schuldnerin gegen den Pfändungs- und Überweisungsbeschluß an das Kreisgericht zurückzuverweisen.

Das Kreisgericht wird den Gläubigern aufzugeben haben, innerhalb einer von ihm zu bestimmenden Frist die Zustimmung des örtlichen Rates — Abteilung Wohnraumlenkung — beizubringen, ob und in welchem Umfang einer Pfändung des Guthabens der Schuldnerin auf deren Konto bei der Deutschen Notenbank zugestimmt wird. Wird eine solche Zustimmung nicht erteilt, dann ist der Pfändungs- und Überweisungsbeschluß auf die Erinnerung der Schuldnerin aufzuheben. Andernfalls ist der monatlich bzw. vierteljährlich zu pfändende Betrag nach Maßgabe der Zustimmung des örtlichen Rates festzulegen. Solange eine Zustimmung der örtlichen Abteilung Wohnraumlenkung nicht vorliegt, ist die Deutsche Notenbank nicht berechtigt, Auszahlungen an die Gläubiger vorzunehmen.

*(Mitgeteilt von Dt. S e h r o d t, Salzwedel,
Mitglied des Kollegiums
der Rechtsanwälte im Bezirk Magdeburg)*

Arbeitsrecht

§ 98, § 106 Abs. 2 Buchst. d, § 88 Abs. 2 GBA; § 4 Buchst. h der Arbeitsschutzanordnung vom 23. Juli 1952 (GBl. S. 691).

Ein Arbeitsunfall, für den ausschließlich der Betrieb Schadensersatz zu leisten hat, liegt auch dann vor, wenn der Werk tätige durch das Verschulden von Arbeitskollegen, die für die Einhaltung der Arbeitsschutz-